

Mindestens 200 Euro und keine Kompensationen!

Urabstimmung und bundesweiter Vollstreik!

Die Arbeitgeber nennen es Angebot – wir nennen es Provokation:

■ Bei einer Laufzeit von zwei Jahren heißt das für 2008 2,5 % und für 2009 0,4%. Das würde nicht mal die jetzige Inflationsrate ausgleichen.

■ Durch die flächendeckende Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden würde der Stundenlohn im Gegenzug um 4% gesenkt. Unter dem Strich bleibt also ein dickes Minus!

■ Die 40-Stunden-Woche ist nicht nur eine Lohnsenkung - allein beim Bund und den Kommunen würden mehr als 80.000 Stellen vernichtet!

Die Antwort auf diese Provokation kann nur heißen: **ver.di erklärt das Scheitern der Verhandlungen, leitet Urabstimmung und bundesweiten Erzwingungsstreik ein!** 200 Euro beziehungsweise acht Prozent sind das absolute Minimum, was durchgesetzt werden muss! Es darf keinerlei Kompensationen geben!

Kompensationen können wir uns nicht leisten!

Ver.di-Führung und Bundestarifkommission dürfen diesmal keinerlei Kompensationsgeschäften zustimmen! Das heißt:

■ **Nein zur Arbeitszeitverlängerung.** Wenn die Arbeitgeber die Arbeitszeit auf 40 Stunden nach

Volle Durchsetzung der Forderungen! 200 Euro beziehungsweise acht Prozent, 120 Euro für Auszubildende und keinen Cent weniger!

Keinerlei Kompensationen:

- **Nein zur Arbeitszeitverlängerung – stattdessen Angleichung der Arbeitszeit nach unten auf 38,5 Stunden bei Bund und Kommunen – in Ost und West**
- **Nein zum Leistungslohn**
- **Unbefristete Fortführung der bisherigen Übergangsregelungen zur Eingruppierung, bis eine bessere Regelung gefunden wird, die keine Verschlechterungen beinhaltet.**

oben „angleichen“ wollen, dann muss die Antwort von ver.di lauten: Angleichung nach unten auf 38,5 Stunden für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich – bei Bund und Kommunen – in Ost und West! Dafür muss mobilisiert werden. Das wäre ein Ausgangspunkt, um den Kampf für die 35 Stundenwoche endlich aufzunehmen.

■ **Nein zum Leistungslohn.** Die Forderung nach 200 Euro und 8 Prozent muss für alle gelten und darf nicht in Leistungskomponenten verschwinden. Das ganze Prinzip Bezahlung nach Leistung ist abzulehnen. Es ist ein weiteres Druckmittel für den Arbeitgeber und bedeutet weiteren Lohnverlust bei Nichterfüllung der Ziele. Das jetzige eine Prozent, das bereits als Leistungskomponente vereinbart wurde, muss gleichmäßig an alle ausgeschüttet werden.

■ **Lohnverluste durch neue Eingruppierungen jetzt verhindern!** Die Arbeitgeber spekulieren darauf, nach der Tarifrunde weitere Lohnkürzungen durchzusetzen – nämlich durch Abstufung der

Bundesweites Treffen
24. Mai 2008 in Kassel
Wie weiter nach der Tarifrunde 2008?

Infos unter www.netzwerk-verdi.de

verschiedenen Eingruppierungen. Daher fordert das Netzwerk eine vertragliche Regelung für die unbefristete Fortführung der bisherigen Eingruppierungs-Übergangsregelungen - bis eine Regelung gefunden wird, die keine Verschlechterung beinhaltet.

■ Die **Ost-West-Angleichung** nach oben muss endlich erfolgen. Hier darf es keine Abstriche geben

■ Es darf **kein Abhängen von einzelnen Bereichen** wie zum Beispiel der **Krankenhausbeschäftigten** geben, wie es die Arbeitgeber fordern!

Gläserne Verhandlungen!

Die ver.di-Führung muss von unten kontrolliert werden. Das hat der Abschluss des TVÖD 2005 deutlich gemacht. Hier wurden

Infos, Kontakt & ViSdP:
Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di
c/o Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Verschlechterungen zugestanden, ohne die Mitglieder zu informieren und ohne gegen die Verschlechterungen zu mobilisieren. Im Gegenteil: die ver.di-Führung verkaufte den TVÖD als Erfolg. In Wirklichkeit bedeutet das Vertragswerk massive Verluste für viele KollegInnen (siehe auch Tabelle „TVÖD nachgerechnet“ auf www.netzwerk-verdi.de, der Homepage des Netzwerks).

Beispiele für die Verschlechterungen sind: Lohnverlust bei Stellenwechsel, Wegfall der Kinderzulagen, Einführung der Entgeltgruppe 1. Zudem wurde die Einführung der Leistungskomponente zugestanden.

Es muss in dieser Tarifrunde umfassende Informationen von der Bundestarifkommission an alle Mitglieder geben, auch mittels Versammlungen in allen Betrieben und Verwaltungsstellen.

„Die Straßenbahn- und Busfahrer können in den Städten den Verkehr zum Erliegen bringen. Wenn die Feuerwehr an den Flughäfen streikt, darf aus Sicherheitsgründen kein Flugzeug mehr starten oder landen. Wenn die Müllabfuhr und die Straßenreinigung streikt, stellt sich die Frage: wohin mit dem Müll? Lasst uns die Stärke nutzen, die wir entwickeln können, wenn wir alle gemeinsam in den Verkehrsbetrieben, bei der Müllabfuhr, in den Verwaltungen, in den Krankenhäusern und Kitas streiken!“

Katja Hofmann, ver.di Vertrauensfrau im Klinikum Kassel*

Über die nächsten Arbeitskampschritte müssen Diskussionen an der Basis stattfinden und die Entscheidungen demokratisch gefällt werden.

Keine Verzettelung - alle gemeinsam!

Dringendste Aufgabe ist es, eine Verzettelung zu verhindern. Warum sollen die Fachbereiche einzeln streiken? **Unsere Stärke zeigen wir durch gemeinsame Streiks.** Das Netzwerk schlägt vor, dass ver.di sofort zu einem **bundesweiten gemeinsamen Streik- und Aktionstag** aufruft, an dem sich Beschäftigte aller Fachbereiche beteiligen. Das fordern wir von der ver.di-Führung. Solange das nicht passiert, müssen Streikleitungen die Möglichkeiten nutzen, die sich uns in den Bezirken bieten, alle gemeinsam zum Streik in einer Stadt oder Region aufzurufen.

Nein zum Schlichtungsverfahren

Es ist zu befürchten, dass die Arbeitgeber die Schlichtung anrufen. In der Schlichtung herrscht Friedenspflicht. Beim Absenkungs-TVöD haben wir gesehen, was passiert, wenn verhandelt wird ohne Streik. Es ist klar, dass bei einer Schlichtung auch diesmal nur ein fauler Kompromiss herauskommen würde. Es dient nur dazu, die Dynamik des Arbeitskampfes zu unterbrechen. Das Schlichtungsabkommen gehört sofort gekündigt.

* dient nur zur Kenntlichmachung der Person

„Ein effektiver und erfolgreicher Streik braucht die demokratische Kontrolle durch die Streikenden. Im ersten Schritt sollten überall wo gestreikt wird, Streikleitungen gewählt werden, im zweiten Schritt die Streikleitungen örtlich und auf allen Ebenen vernetzt werden. In Stuttgart führten wir 2006 an jedem Streiktag betriebliche oder betriebsübergreifende Streikversammlungen durch. Dies sollte selbstverständlich in allen Orten sein. Wir brauchen gläserne Tarifverhandlungen. Die Krankenhäuser dürfen nicht abgehängt werden. Ein Abschluss muss für alle Beschäftigten in Kommunen und Bund gelten und muss die schriftliche Zusage beinhalten, dass er auch auf die BeamtInnen übertragen wird. Es darf keinen Abschluss und keinen Streikabbruch geben ohne mehrheitliche Zustimmung durch die Mitglieder.“

Dieter Janßen, ver.di Vertrauensmann Klinikum Stuttgart *

Schulterschluss mit Beschäftigten anderer Branchen

Die KollegInnen im Einzelhandel kämpfen für den Erhalt der Zulagen, Einkommen zum Auskommen, Mindestlohn von 1500 Euro. Zusätzlich ist ver.di in Telekom-Bereichen, bei der Bundesagentur für Arbeit, Krankenkassen, Rentenversicherungen, Krankenhauskonzernen, kirchlichen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden in Tarifaueinandersetzungen. Jetzt ist die Zeit, die Kampfkraft gemeinsam einzusetzen: Millionen sind stärker als Millionäre!

Unsere Vorschläge für den Arbeitskampf

- **Sofortiger Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung und bundesweiter Erzwingungsstreik**
- **Einbeziehung der BeamtInnen in den Streik**
- **Tous ensemble! Bundesweiter Streik- und Aktionstag aller Beschäftigten, die sich in Tarifaueinandersetzungen befinden**
- **Wahl von Streikleitungen in den Betrieben; lokale, regionale und bundesweite Vernetzung**
- **Gläserne Verhandlungen: die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, was läuft: volle Information über die Verhandlungen durch die Bundestarifkommission (BTK)**
- **Recht zur jederzeitigen (Ab)wahl der BTK-Mitglieder durch Versammlungen in den Bezirken**
- **Regelmäßige Streik- und Mitgliederversammlungen – Diskussion über den Verhandlungsstand und die nächsten Arbeitskampschritte auf allen Ebenen**
- **Nein zur Schlichtung, sofortige Kündigung des Schlichtungsabkommens**
- **Kein Abschluss oder Streikabbruch ohne mehrheitliche Zustimmung durch die Mitglieder**